

Vorstudie

Politische Partizipation
Zwischen Verdrossenheit und Engagement

Dr.ⁱⁿ Helga Amesberger
Mag.^a Elke Rajal

Wien, Juni 2019

Inhalt

Einleitung.....	1
Definition.....	1
Problemlagen rund um die Input-Legitimität von PP.....	3
Politische Integration	5
Individuelle Partizipationsbereitschaft vs. Politikverdrossenheit	7
Modelle partizipativer Demokratie	10
Fazit: Weitere Forschungsfragen	18
Literatur.....	20

Einleitung

Politische Partizipation wird als das Kernelement von Demokratie schlechthin definiert (Dahl 1998; Pateman 1970). Zahlreiche internationale Dokumente wie die Rio-Deklaration, die Charta von Aalborg oder die Aarhus-Konvention bekräftigen die Notwendigkeit der Einbeziehung der Öffentlichkeit in politische Entscheidungsprozesse für eine nachhaltige Entwicklung und Umweltpolitik. Zum Teil haben diese Vorstellungen mittlerweile auch Eingang in nationale Gesetze und Politikfelder gefunden (vgl. Abter et al. 2005, 13). Ohne Einbindung der Bevölkerung in den politischen Prozess mangelt es einer Demokratie an Legitimität und treibender Kraft (Dalton 1999). Daher wird das Ausmaß politischer Partizipation (PP) häufig als Gradmesser von Demokratie(-qualität) herangezogen und in mehr PP die Lösung für die vielfach konstatierte Krise der Demokratie gesehen (vgl. Schäfer 2011; Parkinson 2006; Smith 2009; Stoker 2006; Silver/Scott/Kazepov 2010).

Dieses Paper enthält neben einer Definition von PP eine Beschreibung der zentralen Problemlagen rund um die Input-Legitimität von PP und setzt diese in Zusammenhang mit Demokratiequalität. Es wird das Ausmaß der politischen Integration untersucht und beschrieben, wer sich in Europa an welchen Formen der PP beteiligen kann bzw. wer ausgeschlossen ist. Zudem werden Parameter angeführt, die eine Beteiligung an PP-Prozessen fördern bzw. behindern, Faktoren individueller Partizipationsbereitschaft werden mit Frustrationseffekten und dem Phänomen der Politikverdrossenheit in Zusammenhang gebracht sowie Modelle und Beispiele der PP beschrieben. Abschließend führen wir offene Fragen an.

Definition

Was ist konkret unter PP zu verstehen? In der politikwissenschaftlichen Literatur ist seit Ende der 1970er Jahre eine kontinuierliche Ausweitung der Definition von PP zu beobachten. Wurde darunter zunächst nur die Teilnahme an institutionalisierten Beteiligungsformen wie Wahlen sowie die Mitgliedschaft und Arbeit in politischen Parteien gefasst, verbreiterte das Entstehen der Neuen Sozialen Bewegungen den Begriff der PP. So identifiziert etwa Van Deth (2001) über 70 Aktivitäten, die in mindestens einer internationalen Studie als Form der PP angeführt wurden. Die Bandbreite reicht vom Wahlverhalten über die Kontaktaufnahme mit Politiker*innen bis zu illegalen Protestaktivitäten. Ausgehend von dieser Analyse unterscheidet Van Deth (ebd.) fünf Typen von PP:

- 1) Beteiligung an Wahlen und Volksabstimmungen
- 2) Beteiligung an Kampagnen
- 3) Kontaktaufnahme mit Politiker*innen und Entscheidungsträger*innen
- 4) Protestaktionen und Neue Soziale Bewegungen
- 5) ehrenamtliches Engagement

Insbesondere der Typus „ehrenamtliches Engagement“ verweist darauf, dass einige Studien PP in Richtung aktiver Citizenship ausweiten, was allerdings von zahlreichen Wissenschaftler*innen als überzogen kritisiert wird (vgl. Van Deth 2001; Silver/Scott/Kazepov 2010; Kersting 2013; Eybl 2009). Wir sehen ebenfalls die Notwendigkeit einer Abgrenzung zum ehrenamtlichen bzw. „bürgerschaftlichen Engagement“ als Form einer „gemeinwohlorientierten Selbsthilfe“ (Kersting 2013, 1) und von „individualpsychologischen Motivationen wie dem Bedürfnis nach Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung“ (Eybl 2009, 15), weil ansonsten wesentliche Aspekte der PP (z. B. Output-Legitimität) empirisch nicht fassbar sind. Dies soll nicht heißen, dass etwa ehrenamtliche Tätigkeit in der Flüchtlingshilfe oder in der Altenbetreuung keinen entscheidenden Beitrag zur Gemeinschaft leistet und möglicherweise zu gesellschaftspolitischen Veränderungen führt. Im Gegenteil: Derartiges Engagement repräsentiert ein Verständnis für die Notwendigkeit des individuellen Beitrags für das Gemeinwohl, sie zeugt von einem Verantwortungsgefühl für die Ausgestaltung unserer Gesellschaft, indem Aufgaben übernommen werden, die der Staat nicht leistet, nicht leisten will oder nicht leisten kann. Ehrenamtliche Tätigkeit signalisiert ein Verständnis von Kommunitarismus und dennoch muss sie nicht politisch motiviert sein. Sie zielt nicht unmittelbar auf die Beeinflussung von Politik, weshalb wir Freiwilligenarbeit nicht unter PP subsumieren.

Im Allgemeinen orientieren sich Kategorisierungen der PP am **Grad der Formalisierung und institutionellen Legitimierung**, daher differenziert die wissenschaftliche Literatur entlang unterschiedlicher Kriterien zwischen formeller und informeller Partizipation, direkter und indirekter Partizipation, konventioneller und unkonventioneller Partizipation (vgl. Kersting 2013; Silver/Scott/Kazepov 2010; De Nève/Olteanu 2013a). In Bezug auf unkonventionelle Partizipationsformen ist ihr (il-)legaler Charakter ein weiteres Kriterium, das zu Unterscheidungen zwischen legaler und illegaler, legitimer und illegitimer Partizipation führt. Eine weitere Kategorisierung unterscheidet zwischen Bottom-up- (von Bürger*innen ausgehend) und Top-down-Beteiligung (von repräsentativen Organen induziert) (Rosenberger/Stadlmair 2014).

Nach Brady inkludieren fast alle Definitionen von PP **vier grundlegende Elemente**: Aktivitäten bzw. Aktionen; „gewöhnliche“ Bürger*innen als Träger*innen; Politik als Bezugsebene und der Wunsch nach Einflussnahme (Brady 1999, 737). Eine immer noch gültige Definition haben etwa Verba und Nie vorgelegt. Sie verstehen PP als **„activities by private citizens that are more or less directly aimed at influencing the selection of governmental personnel and/or the actions they take“** (Verba/Nie 1987, 2). Obwohl diese Definition noch einigen Interpretationsspielraum offen lässt, wird damit dennoch festgelegt, was *nicht* als PP betrachtet wird:

- 1) Politische Einstellungen und politisches Interesse aufgrund der Eingrenzung auf Aktivitäten/Aktionen
- 2) Handlungen der politischen Elite
- 3) Handlungen, die nicht auf die Beeinflussung von Politik zielen

- 4) Handlungen, die zwar im Nahbereich von politischer Aktivität sind (z. B. Zeitung lesen, politische Fernsehsendungen konsumieren), die aber keine Versuche der Beeinflussung von Politik darstellen

Gerade die Trennung zwischen „private citizens“ und „politischer Elite“ ist für das Nachdenken über PP folgenreich: Während die Parteimitgliedschaft noch als eine Form der PP betrachtet werden kann, gehört das Ausüben einer politischen Funktion nicht mehr in den Bereich der PP, sondern in den Bereich der professionellen Politik. Doch ist diese Unterscheidung in der Praxis haltbar? Wo oder wann hört ein/e Politiker*in auf, Bürger*in zu sein? Ist ein Dualismus denkbar? Ein Beispiel: Eine Gemeinderätin der Gemeinde/Stadt XY gehört im Kontext dieser Stadt zur politischen Elite, wohl aber nicht mehr auf nationaler Ebene. Auf nationaler Ebene wird sie als Gemeindepolitikerin deutlich weniger bis keine Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten haben. Das heißt, wer zur politischen Elite gezählt wird, ist letztendlich auch determiniert vom Pouvoir, das mit der politischen Funktion verbunden ist: Aktivitäten zur Beeinflussung von Politik, die Politiker*innen im Rahmen ihrer politischen Funktion setzen, werden nicht zur PP gezählt, was PP außerhalb dieser Funktion (als „private citizens“) nicht ausschließt.¹

Auch das Zusammendenken von PP im Sinne eines zivilgesellschaftlichen politischen Engagements und Parteipolitik wirft in Bezug auf PP einige interessante Fragen auf. Wie kann die Zusammenarbeit von Regierung/Parlament und Zivilgesellschaft funktionieren (sowohl top down als auch bottom up)? Welche Angebote bezüglich PP kann eine Regierung (ob auf Ebene der Gemeinde, des Landes oder Bundes) für Bürger*innen setzen, ohne zivilgesellschaftliches Engagement parteipolitisch zu vereinbaren? Wie muss (die Ermöglichung von) PP gestaltet sein, damit sie nicht lediglich ein Feigenblatt für Politikgestaltung ist und die in PP gesetzten Erwartungen, wie bspw. das Vertrauen in demokratische Institutionen zu stärken und zu konstruktiven und tragbaren Entscheidungen zu kommen, tatsächlich erfüllen kann?

Problemlagen rund um die Input-Legitimität von PP

Wie eingangs bereits angeklungen, sind mit PP **normative Erwartungen** verbunden. So erwartet man von der Zunahme von PP vor allem eine höhere demokratische Legitimation und die Beseitigung von Demokratiedefiziten (Kroeze 2015). Konventionelle Partizipationsformen, wie Wahlen, Volksabstimmungen und -befragungen, schließen Bevölkerungsgruppen etwa aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft per Gesetz aus. Unkonventionelle politische Partizipationsformen hingegen erlauben es Ausländer*innen, sich an Versuchen der Beeinflussung von Politik zu beteiligen. **Neben dem gesetzlichen Ausschluss von PP reduzieren auch gesellschaftliche Hierarchien Beteiligungsmöglichkeiten am**

¹ Hinsichtlich der Quantifizierung/Messung der Input-Legitimation von PP ist die Frage, ob nun Angehörige der politischen Elite als Akteur*innen einbezogen werden sollen oder nicht, alleine aufgrund ihrer geringen Anzahl nebensächlich.

politischen Prozess (Lebuhn 2013, 239f.; De Nève/Olteanu 2013b). Feministische Wissenschaftler*innen weisen in diesem Zusammenhang vor allem auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in unserer Gesellschaft hin, die nach wie vor den Zugang von Frauen zu politischen, ökonomischen und sozialen Rechten einschränkt (vgl. Siim 2013; Lister 2006; Oleksy et al. 2018). Daraus ergibt sich die **Frage nach der „Input-Legitimität“**: Hinter den normativen Erwartungen an PP steckt die unhinterfragte Annahme, dass PP per se progressiv, egalitär und inklusiv sei, wie Silver/Scott/Kazepov (2010) herausarbeiteten.

Implizit wird ebenfalls davon ausgegangen, dass ein Mehr an PP auch zu einer **höheren „Output-Legitimität“** führt. Unter Output-Legitimität versteht man die Umsetzung der Ziele von PP(-Projekten) durch die politische Elite (die Regierung, die Gemeindeverwaltung, Interessenvertretungen etc.), wenn sich also Gefordertes in der Gesetzgebung, in Personalentscheidungen, im Budget, in Abstimmungsmodalitäten und Ähnlichem mehr niederschlägt. Kurzum, es geht darum, ob bzw. inwiefern die an einer Aktion Beteiligten ihren Interessen Geltung verschaffen konnten, also um die Effektivität von PP. Man kann annehmen, dass mit einer erfolgreichen Durchsetzung auch die Legitimität höher eingestuft wird und umgekehrt, dass ein Scheitern mit einer stärkeren Anzweiflung der demokratischen Legitimität einhergeht.

Demokratie wird gerne als Herrschaft des Volkes, ausgeübt durch das Volk und für das Volk, definiert. Diese auf Abraham Lincoln zurückgehende Formel führt, wie Dieter Segert (2016, 89) in Anlehnung an Giovanni Sartori (1997) schreibt, zu mehr Fragen als Antworten. Unklar bleibt, welche Form der Demokratie gemeint ist (z. B. repräsentative oder direkte Demokratie), ebenso, wer das Volk konstituiert. In der Demokratieforschung wurden Parameter festgelegt, wann eine Wahl als wesentliches Element einer politischen Ordnung als demokratisch angesehen wird. „Alle BürgerInnen müssen die uneingeschränkte Möglichkeit haben, ihre eigenen politischen Präferenzen zu formulieren, diese anderen mitzuteilen und eine geprüfte gleiche Beteiligung am Entscheidungsprozess über die Einrichtung der politischen Autorität haben.“ (Segert 2016, 91) Politische Partizipation ist also unter anderem wesentlicher **Bestandteil der Definition von Demokratie**. Das demokratische Prinzip setzt die politische Gleichheit und aktive Teilhabe der Bürger*innen voraus (vgl. ebd., 94).

Kritisiert wird an den derzeit am stärksten verbreiteten Ausprägungen von Demokratie, dass die Mitgestaltungsmöglichkeiten sich vielfach auf die Beteiligung an Wahlen beschränken und in Zeiten hoher Mobilität zunehmend mehr Bevölkerungsgruppen vom demokratischen Prozess ausgeschlossen sind, und dies der Input-Dimension der Legitimität eines politischen Systems entgegensteht (vgl. Bauböck 2010). Konzeptionen einer partizipativen Demokratie sollen dieses Manko beseitigen. In der sukzessiven Einbindung von immer mehr bislang ausgeschlossenen Gruppen in politische Gestaltungs- und Entscheidungsprozesse wird – so die Erwartung – ein probates Mittel zur Erhöhung der Legitimität und zur Beseitigung der konstatierten Krise der Demokratie und des mangelnden Vertrauens in die Politik gesehen (vgl. Schäfer 2011, 53). An partizipativen Demokratiekonzeptionen wird wiederum deren „Überschätzung von Bürgerkompetenzen“ (Segert 2016, 103) kritisiert. Der „normale“ Mensch sei schlichtweg von der Komplexität mancher gesellschaftlicher Probleme und politischer

Entscheidungen überfordert. Segert hält diesen Kritiker*innen entgegen, dass sie „die Möglichkeit der Herausbildung neuer Kompetenzen und Interessen gerade im Prozess der Partizipation“ (Segert 2016, 103) nicht sehen/berücksichtigen. So hat etwa Ank Michels (2011) in einer großen Vergleichsstudie nachgewiesen, dass in westlichen Demokratien innovative Formen von PP **positive Effekte in Hinblick auf Wissen um und Fähigkeiten der Beteiligung** zeitigen. Allerdings seien die konkreten Auswirkungen vom jeweiligen Partizipationsprozess und den angewandten Instrumenten abhängig (vgl. hierzu auch Lundell 2014). Ob PP zu einem Vertrauensaufbau der Bevölkerung in die Politik führt oder zu Frustrationseffekten, dürfte ebenfalls vom konkreten Prozedere der Beteiligungsprojekte, von der Transparenz und letztlich natürlich vom Output, also den Folgen der PP abhängen.

Mehrere Studien sprechen von einer stetig größer werdenden **Kluft** – sowohl bei formellen als auch bei informellen Formen – **zwischen sozialen Gruppen hinsichtlich ihrer PP** (vgl. Armingeon/Schädel 2015; Filetti 2016; Solt 2015; Kurer et al. 2018). Soziale Ungleichheit determiniert demnach maßgeblich die Teilhabe an Politik. Dies ist ein kritischer Befund, weil sich damit die gewählten Repräsentant*innen immer weniger mit der Gruppe der Regierten überschneiden. Europaweit festzustellende sinkende Wahlbeteiligung und der formale Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen schwächen daher auch die Input-Legitimität eines politischen Systems. Gleichwohl kann argumentiert werden, dass die freie Entscheidung des Einzelnen ob einer politischen Beteiligung im Wesen eines demokratischen Systems liegt. Wenn die Wahlbeteiligung über soziale Gruppen hinweg etwa gleich hoch wäre, wäre dies kein demokratisches Problem. Sobald die PP in den verschiedenen Bevölkerungsschichten ungleich ausgeprägt ist, ist eine ungleiche politische Integration gegeben.

Aus diesem kurzen Abriss über den Zusammenhang von Demokratiequalität und Input-Legitimität ergeben sich drei wesentliche Themenbereiche/Fragenkomplexe, die im Folgenden kurz umrissen werden sollen:

- Politische Integration
- Individuelle Partizipationsbereitschaft versus Politikverdrossenheit
- Modelle partizipativer Demokratie

Politische Integration

Als einfacher Indikator für das Ausmaß der politischen Integration kann die Beteiligung an formellen, institutionalisierten Partizipationsformen (z. B. nationale und supranationale Wahlen, Volksbefragungen und -abstimmungen) sowie an weniger formalisierten politischen Aktivitäten (z. B. Teilnahme an Demonstrationen, Unterzeichnen von Petitionen) gelten. Um die Input-Legitimität tatsächlich bewerten zu können, ist Folgendes zu analysieren:

- Wer beteiligt sich an welchen Formen der PP?

Es gibt umfangreiche Forschungen zur Beteiligung an institutionalisierten politischen Partizipationsformen. Sie alle konstatieren sinkende Wahlbeteiligung auf allen politischen Ebenen, einen Rückgang

des Engagements in politischen Parteien und der Gewerkschaft (vgl. bspw. Armingeon/Schädel 2015; Ergebnisse European Election Studies²). Global gesehen weist jedoch der Economist Intelligence Unit Democracy Index (EIUDI) einen Anstieg sowohl formeller als auch informeller PP in fast jeder Weltregion aus (EIU 2019, 2). Ebenso haben bereits einige Studien die zunehmende Bedeutung informeller PP-Formen herausgearbeitet (vgl. Hernández/Ares 2016; Hooghe/Oser 2015; Kiisel et al. 2015; Nový 2014; Solt 2015; Saunders 2014). Bezogen auf Jugendliche wurde vor allem die Rolle des Internets in der PP erforscht (Soßdorf 2016).

- Welche kontextuellen/strukturellen Parameter fördern bzw. behindern PP?

Zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen beschäftigen sich mit den Ursachen für das Faktum der abnehmenden Attraktivität konventioneller PP. Hierbei steht zum einen der rechtliche Ausschluss von Zugewanderten und damit Fragen des Staatsbürgerschafts- und Wahlrechts im Vordergrund (vgl. Bauböck 2010; Dimitrov 2012; Fauser 2008; FRA 2017; Profanter 2016), zum anderen werden die Ursachen für die Entfremdung von der Politik/ politischen Elite mit fortschreitender Individualisierung (vgl. Armingeon/Schädel 2014) und dem Verlust der Problemlösungskompetenz von Regierungen in einer globalisierten Welt, in der nationalstaatliche Regelungskompetenz und die Macht internationaler Konzerne auseinanderklaffen, in Zusammenhang gebracht (vgl. Benhabib 2000, 179; Baringhorst 2016, 43).

Nicht nur die formale (gesetzliche) Exklusion ist ein Problem für den politischen Prozess. Eine Reihe von Faktoren und Umständen können die Möglichkeit der PP einschränken (vgl. Förster/Kaukal 2016; Lebuhn 2013). Relativ einhellig sind die Forschungsergebnisse hinsichtlich des Einflusses sozialer Ungleichheitsfaktoren auf PP. Der Großteil der Studien stellt einen Zusammenhang von Einkommenssituation, Bildungsstand, Geschlecht, Alter, Sprache, Migrationshintergrund, (Dis)ability und (Ausmaß der) PP fest (vgl. Armingeon/Schädel 2015; Böhnke/Dathe 2010; De Nève/Olteanu 2013; Eigenmann/Geisen/Studer 2016; Filetti 2016; FRA 2014, 2017; Kittilson 2016; Lister 2006; Oleksy et al. 2008; Ritter/Solt 2019). Es sind dies Faktoren, die Macht und Hierarchien in unserer Gesellschaft determinieren. Siim sieht in diesem Machtgefälle eine der wesentlichen Herausforderungen für Citizenship-Forschung „to study the dynamic relations between citizens' inclusionary claims and its exclusionary force“ (Siim 2013, 762).

Neben den rechtlichen und sozialen Faktoren beschäftigen sich einige wenige Studien mit auf der systemischen Meta-Ebene angesiedelten Einflüssen auf PP-Chancen und stellen dabei einen Zusammenhang mit dem politischen Klima in einem Land (vgl. Just/Anderson 2014, Profanter 2016), dem Wahlsystem, dem Zentralisierungsgrad (vgl. Arndt 2015), dem Wohlfahrtssystem (vgl. Harrebye/Ejrnae 2015) und anderen auf der System-Ebene liegenden Faktoren her.

² <https://www.gesis.org/en/services/data-analysis/international-survey-programs/european-election-studies/>
[Zugriff: 29.5.2019]

Individuelle Partizipationsbereitschaft vs. Politikverdrossenheit

Die individuelle Partizipationsbereitschaft hängt von einer Vielzahl an Faktoren ab. Soßdorf (2016, 63) nennt folgende Einflussfaktoren für PP:

- „sozioökonomische Faktoren (Einkommen, Status, Bildung)
- sozio-demografische Faktoren (Alter, Geschlecht)
- kommunikative Faktoren (verbale und mediale Kompetenzen)
- politisches Interesse
- politisches Wissen
- soziale Vernetzung
- Lokalität und Lebensraumnähe
- Betroffenheit (unmittelbare/vermittelte Betroffenheit der eigenen Werte)
- Selbstwirksamkeit und Anerkennung
- neue Erfahrungshorizonte (Gestaltungs- und Identitätsmotive)
- Transparenz (offene und ernstgemeinte Kommunikation)“

Politische Partizipation wird einerseits als Antwort auf die Politik- im Sinne von Parteiverdrossenheit betrachtet, andererseits stellt Politikverdrossenheit selbstredend ein Hindernis für PP dar. Dennoch gilt die politisch-administrative Forcierung von Bürger*innenbeteiligungsformen als Versuch, Gesellschaft wieder näher an die politischen Eliten heranzubringen, Gesellschaft also wieder mit Politik zu verkoppeln (Rosenberger/Stadlmair 2014, 476). Top-down-Instrumente für PP können in diesem Sinne als Antwort auf Frustrationseffekte repräsentativer Demokratie gefasst werden.

Studien zeigen vor allem für die Jugend starke Politikverdrossenheit. Bei Verschiebung des Blickwinkels lässt sich jedoch primär eine Partei- und (institutionelle) Politikverdrossenheit und kein generelles Desinteresse an Politik feststellen (Albert et al. 2015; Soßdorf 2016, 35ff.), was nahelegt, dass Jugendliche durchaus für PP zu motivieren sind, sofern die Möglichkeiten und moderne (z. B. digitale) Instrumente zur Verfügung stehen (O’Carroll et al. 2010).

Erklärt werden die Frustrationseffekte mit sozialen und ökonomischen Veränderungen im Gefolge der Globalisierung; insbesondere gefestigte Demokratien gelten dabei als „anfällig“ (Freedom House 2019, 4).³ Doch die wissenschaftlichen Befunde sind nicht so eindeutig und teils auch widersprüchlich. Liisa Talving (2018) fand mit der Analyse der Daten der European Election Studies (EES) zwischen 1989 und 2014 heraus, dass die Beziehung zwischen der (inter-)nationalen wirtschaftlichen Situation und dem Wahlverhalten relativ stabil blieb. Der Österreichische Demokratie Monitor 2018 (SORA 2018⁴) belegt aktuell eine mehrheitliche Unzufriedenheit mit dem österreichischen politischen Sys-

³ “Consolidated democracies slip: Social and economic changes related to globalization have contributed to a crisis of confidence in the political systems of long-standing democracies. The democratic erosion seen among Free countries is concentrated in consolidated democracies—those that were rated Free from 1985 through 2005, the 20-year period before the 13-year decline. The average freedom score for consolidated democracies has declined every year for the last 11 years.” (Freedom House 2019, 4)

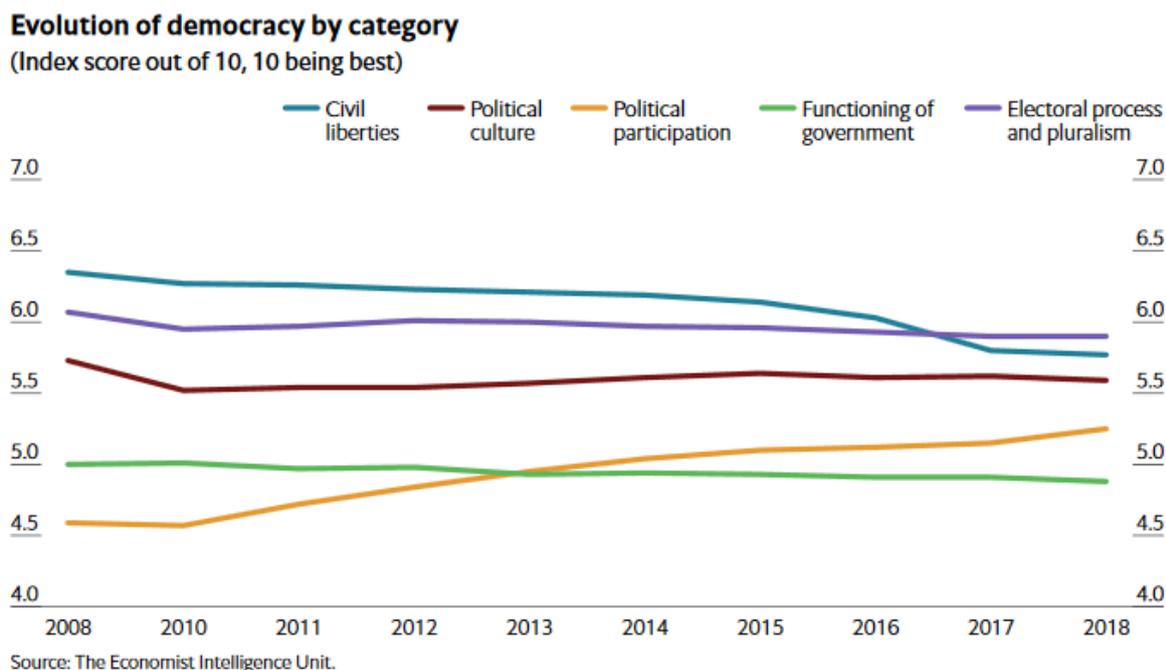
⁴ <https://www.sora.at/nc/news-presse/news/news-einzelansicht/news/wie-steht-es-um-die-demokratie-in-oesterreich-885.html> [Zugriff: 29.5.2019]

tem bei Menschen mit schlechten Arbeitsmarktchancen, in prekären Beschäftigungen oder mit geringem Einkommen. Auch die Zukunftssorgen der Mittelschicht beeinflussen die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie negativ. Angemerkt werden muss jedoch, dass Demokratie- und Politikverdrossenheit nicht gleichzusetzen sind, wenn sie auch in engem Zusammenhang stehen (können).

Der aktuellste EIUDI zeigt klar Verbesserungen in der politischen Beteiligung, welche umso bemerkenswerter sind, da sich – wie sich an den meisten Kategorien des Indexes ablesen lässt – das Vertrauen in Demokratie deutlich verschlechterte (EIU 2019, 4). “In fact, in 2018 the score for perceptions of democracy suffered its biggest fall in the index since 2010. At the same time, civil liberties that form the bedrock of democratic values are continuing to be eroded.” (EIU 2019, 5)⁵ Die Economist Intelligence Unit (EIU 2019, 3) spricht in diesem Sinne von einer Desillusionierung gegenüber formellen politischen Institutionen, nicht aber von einer emotionalen Loslösung von Demokratie, im Gegenteil seien Bürger*innen sogar zum Handeln angeregt worden. Auf globaler Ebene haben sich beispielsweise die Wahlbeteiligung und die Mitgliedschaft in politischen Parteien dem Trend der letzten Jahre widersetzt und seit 2018 wieder zugenommen (ebd.). Außerdem stieg das Interesse an Politik und auch die Bereitschaft, an legalen Demonstrationen teilzunehmen (ebd.). Die größten Fortschritte wurden dabei bei der PP von Frauen festgestellt.

⁵ Kein anderer Score hatte sich derart verschlechtert wie die Meinungsfreiheit (durch Einschränkung der Medien). Hierbei wird eine Verschlechterung in Westeuropa insbesondere in den Ländern Italien und Österreich angemerkt. Als Beispiele für die Verschlechterung in Österreich wird angeführt, dass mit der FPÖ eine Anti-Migrationspartei nun in der Regierung sitzt, die Ausweisung von 40 Imamen sowie die Versuche der Einschränkung und politischen Beeinflussung der Medien (vgl. EIU 2019, 13f.). Der durchschnittliche Demokratie-Indexwert verschlechterte sich für Österreich von 8,69 im Jahr 2006 auf 8,29 in 2018 (vgl. EIU 2019, 41) Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt auch Freedom House (FH). Lt. FH gingen die zivilen und politischen Freiheiten in 68 Ländern zurück, darunter befindet sich auch Österreich und weitere EU-Staaten wie Portugal, UK, CR, Slowakei, Kroatien, Polen, Rumänien und Ungarn. Verbesserungen werden für Irland, Belgien, Slowenien und Griechenland konstatiert. (vgl. Freedom House 2019, 7–16)

Schaubild 1: Evolution of democracy by category



Quelle: EIU 2019, 4

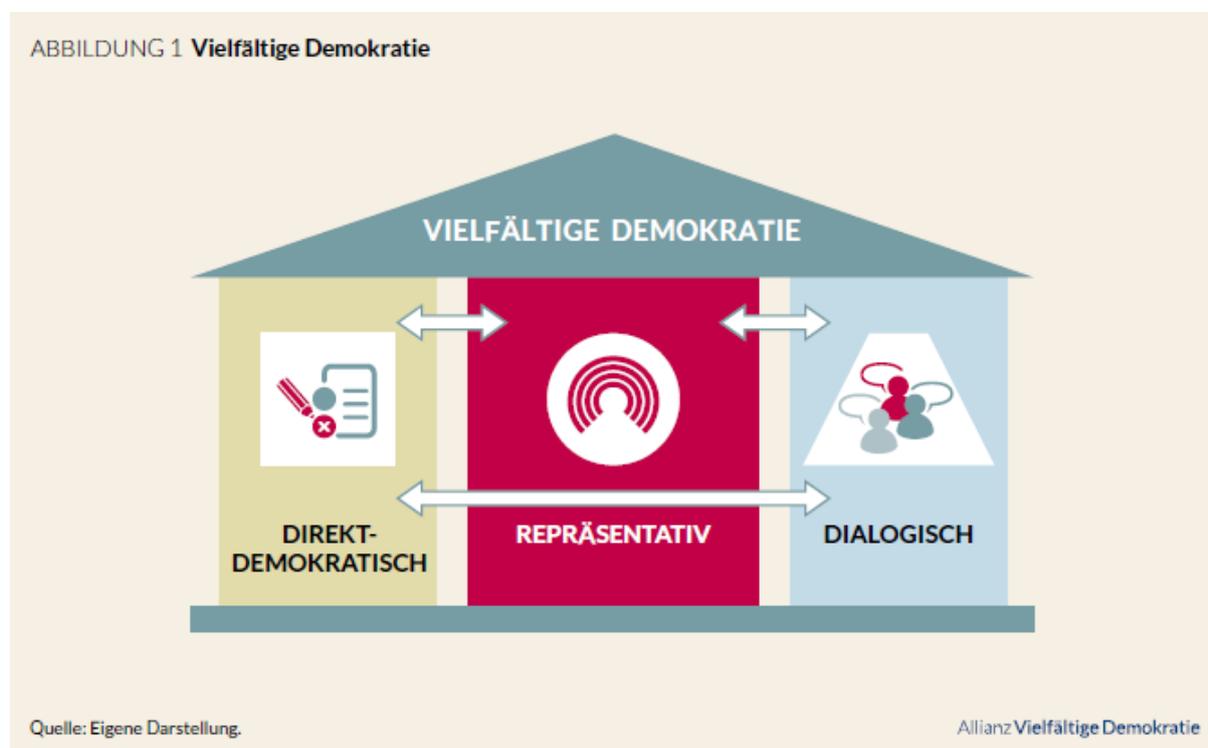
Vor dem Hintergrund der Desillusionierung in Bezug auf die realisierte Demokratie in der Praxis und der Verringerung der bürgerlichen Freiheiten ist der Anstieg der politischen Partizipation besonders bemerkenswert. Wie Schaubild 1 zeigt, hindert eine klare Ernüchterung gegenüber formellen demokratischen Institutionen die Bevölkerung nicht daran, politisch aktiv zu werden. Die Verschlechterung des Funktionierens der Regierung und der politischen Kultur dürfte tatsächlich dazu beitragen, die politische Partizipation in der ganzen Welt zu steigern, so die Ergebnisse von The Economist Intelligence Unit (EIU 2019, 5). Die Zunahme der politischen Beteiligung im Jahr 2018 ist nach dem jüngsten Rückgang für eine Stabilisierung des EIU-Democracy-Index verantwortlich. Eine verstärkte politische Partizipation allein reicht den Autor*innen zufolge jedoch nicht aus, um die „Demokratie-Rezession“ umzukehren. Was als Nächstes geschieht, hängt davon ab, wie PP Governance, politische Kultur und bürgerliche Freiheiten beeinflusst. In all diesen Bereichen gibt es große Fragen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung, zumal das Engagement, die Wahlbeteiligung und der Aktivismus in vielen Ländern der Welt im Namen von Anti-Establishment-Parteien und Politiker*innen stattfanden, die die politischen Systeme und die Praxis in Hinblick auf Demokratie stark verändern könnten (EIU 2019, 5).

Das komplexe Verhältnis zwischen PP und Politikverdrossenheit lässt sich abschließend um folgenden Aspekt erweitern: Starke-Mann- bzw. Führer-Politik und Identitätspolitik haben einerseits zur Desillusionierung beigetragen, andererseits diese besonders gut für sich nutzen können. Umgekehrt könnten Transparenz, Korruptionsbekämpfung und die Stärkung demokratischer Institutionen das Vertrauen in Demokratie möglicherweise wieder stärken, insbesondere wenn sie von zivilgesellschaftlichem Engagement begleitet werden und damit dessen Wirksamkeit zeigen.

Modelle partizipativer Demokratie

Die Diskussion um den Ausbau von PP steht im Spannungsfeld direkter Demokratie – repräsentativer Demokratie – deliberativer/dialogischer⁶ Demokratie. Ohne hier auf die einzelnen internationalen Dokumente zur Förderung von PP eingehen zu können, ist doch festzuhalten, dass sowohl auf Ebene der EU als auch in den einzelnen Mitgliedstaaten Maßnahmen gesetzt und Instrumentarien erarbeitet/erprobt wurden, um die Bürger*innen mehr in den politischen Prozess einzubinden. In allen EU-Ländern ist das demokratische System auf drei Säulen der Beteiligung aufgebaut: Die stärkste Säule ist die repräsentative Beteiligung, während die direkt-demokratische und dialogorientierte Partizipation meist weitaus weniger stark ausgebaut ist (vgl. Allianz Vielfältige Demokratie⁷ 2018). Das unten stehende Schaubild 2 „Vielfältige Demokratie“ illustriert diese Säulen der Demokratie und verweist darauf, dass sie einander ergänzen.

Schaubild 2: Vielfältige Demokratie



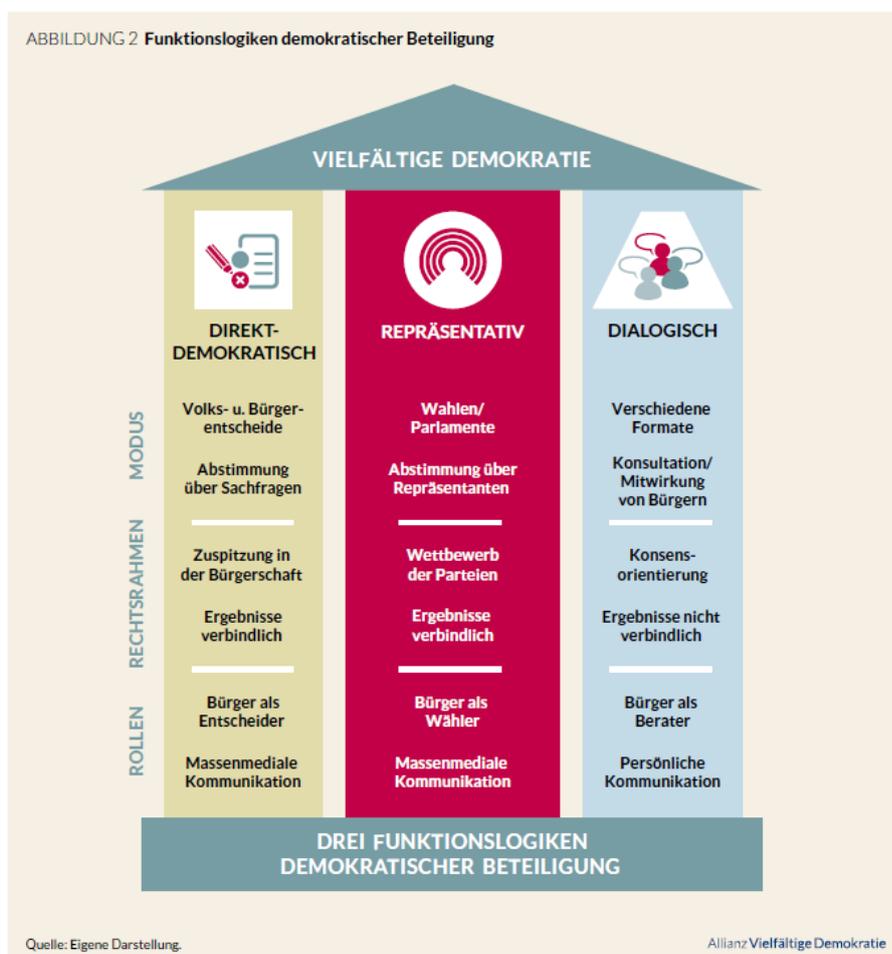
Quelle: Allianz Vielfältige Demokratie 2018, 6

⁶ Insbesondere in der praxisorientierten Literatur zu PP werden gerne die Begriffe „dialogisch“ und „dialogorientiert“ anstatt des politikwissenschaftlichen Terminus „deliberativ“ verwendet. Wie der Begriff gefasst wird, wird später genauer erläutert. Im Folgenden werden die beiden Begriffe synonym verwendet.

⁷ Laut Selbstbeschreibung ist „Die „Allianz Vielfältige Demokratie“ [...] ein Netzwerk aus 120 Vordenkern und Praktikern aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Sie wurde von der Bertelsmann Stiftung initiiert und am 1. Oktober 2015 gegründet. Die Allianz will die Bürgerbeteiligung stärken und einen Beitrag zu einem konstruktiven Zusammenwirken von dialogischer, direkter und repräsentativer Beteiligung leisten. Sie setzt sich für eine inklusive und breite Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen ein, um der sozialen Spaltung unserer Demokratie entgegenzuwirken.“ (Allianz Vielfältige Demokratie 2018)

Dabei unterscheiden sich diese drei Säulen hinsichtlich der Rollen der Bürger*innen, des Rechtsrahmens und der Modi der Beteiligung (vgl. Schaubild 3 „Funktionslogiken“). Dieses Schaubild verdeutlicht unmittelbar die weitaus größeren Übereinstimmungen von direkt-demokratischen und repräsentativen Beteiligungsformen. Die größten Unterschiede zwischen repräsentativen und direkt-demokratischen Beteiligungsformen auf der einen und dialogorientierten auf der anderen Seite bestehen im Grad der Formalisierung, im Ausmaß der Beteiligungsmöglichkeit der Bürger*innen, in der Entscheidungsgewalt und Rechtsverbindlichkeit. Formen, Ablauf und Ziele deliberativer Partizipation sind dabei variabel, die Anzahl der Akteur*innen ist beschränkt, die Bürger*innen beteiligen sich am Diskussionsprozess und haben so Einfluss auf die Ausgestaltung. Dialogorientierte Beteiligungsformen sind jedoch rechtlich nicht bindend, es sei denn, sie werden mit direkt-demokratischen Mitteln verknüpft (vgl. Allianz Vielfältige Demokratie 2018, 10–13). Die Allianz Vielfältige Demokratie sieht die großen Vorteile in einer dialogorientierten Beteiligung, dass sie „das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft [fördert]“ (ebd., 13), wenngleich die Handlungsmotive und -muster von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sehr unterschiedlich ausgeprägt sind und sich nur in wenigen Punkten überschneiden.

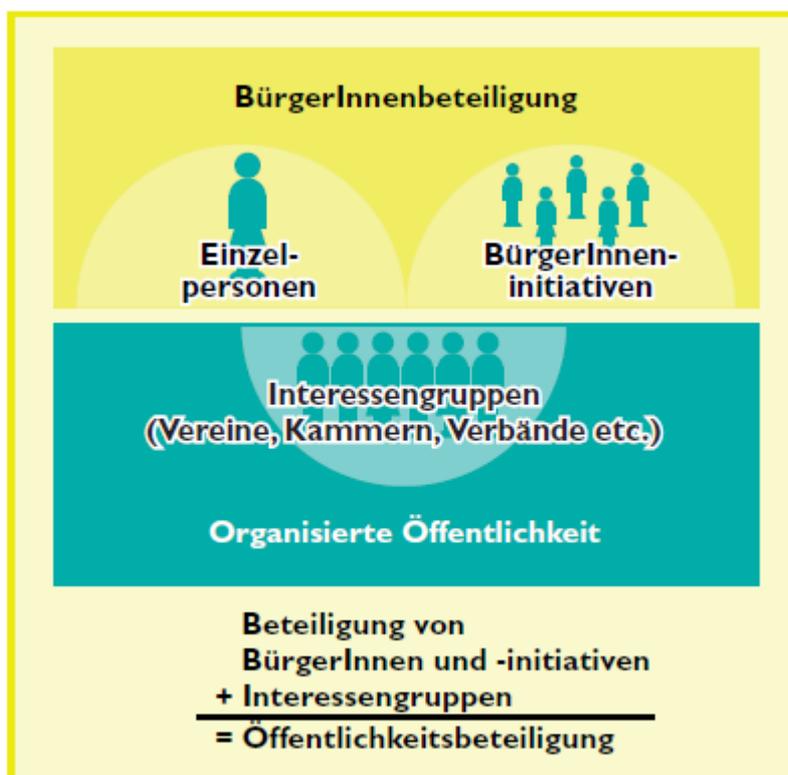
Schaubild 3: Funktionslogiken demokratischer Beteiligung



Quelle: Allianz Vielfältige Demokratie 2018, 11

Wie bereits angedeutet, sind die Formen dialogischer Beteiligung vielfältig und können dementsprechend nach dem Ausmaß der Einbindung differenziert werden. Wie weitreichend die Beteiligungsmöglichkeiten und -rechte sind, hängt u. a. von der Art des Verfahrens der gewählten Methode ab (vgl. Abter et al. 2005, 9). Die Autor*innen unterscheiden drei Intensitätsstufen der Partizipation: Information, Konsultation und Mitbestimmung.⁸ Schließlich zeigen deliberative Partizipationsformen eine große Offenheit in Hinblick auf den Kreis der eingebundenen Akteur*innen. Dies können Bürger*innen als Einzelpersonen sein, Bürger*inneninitiativen, aber auch eine organisierte Öffentlichkeit (z. B. NGOs, Vereine, Interessenvertretungen). Abhängig davon spricht man von Bürger*innenbeteiligung oder Öffentlichkeitsbeteiligung, wie das folgende Schaubild illustriert.

Schaubild 3: Öffentlichkeitsbeteiligung



Quelle: Abter et al. 2005, 6

War eingangs dieses Papers viel von unkonventionellen Partizipationsformen, wie etwa Demonstrationen, Flash mobs, Petitionen, die Rede, so scheinen diese in dialogorientierter Beteiligung keine Rolle mehr zu spielen. Dem ist aber nicht so, denn diese Formen können sowohl Ausgangspunkt/Initialzündung für deliberative Partizipation sein als auch während des Beteiligungsprozesses als Mittel der Meinungsbildung und/oder zur Stärkung bestimmter Positionen herangezogen werden. Ebenso kann die dialogorientierte Partizipation bottom up oder top down initiiert sein; sie braucht

⁸ Adamer (2013, 9) bezeichnet informative und konsultative Beteiligungsformen als „Vorstufen der Partizipation“ und Formen der Mitbestimmung, partielle und völlige Entscheidungsmacht als eigentliche Partizipation.

aber einen gewissen Grad an Formalität und Formalisierung, um schließlich in politische Entscheidungen einfließen zu können. Ob die Einbindung von Bürger*innen in den politischen Ausverhandlungsprozess eine scheinbare oder ernsthafte ist, hängt von vielen Faktoren ab, vor allem aber von den strukturellen Rahmenbedingungen des Beteiligungsprozesses (z. B. Finanzierung, Formalisierung, zeitlicher Rahmen, Verbindlichkeit).

Trotz des bestehenden Spannungsfeldes zwischen direkt-demokratischen und dialogorientierten Partizipationsmodellen schließen sie einander nicht aus, wie auch die Praxis zeigt (vgl. Allianz Vielfältige Demokratie 2018, 18–21). Mittlerweile sind EU-weit und auch in Österreich zahlreiche Projekte – vorwiegend auf Gemeinde- und regionaler Ebene – mit Öffentlichkeitsbeteiligung umgesetzt worden (vgl. Abter et al. 2005; Adamer 2013; <https://www.partizipation.at/praxisbeispiele.html>; <https://mehr-demokratie.at/de/direkte-demokratie-von-unten/>).

Beispiele direkt-demokratischer und deliberativer PP

Im Folgenden sollen vier Beispiele präsentiert werden, die für verschiedene Formen direkt-demokratischer und deliberativer institutionalisierter Partizipationsformen stehen:

Volksbegehren und Volksabstimmung in Österreich. Volksbegehren sind ein Bottom-up-Instrument, das es Bürger*innen ermöglicht, Themen an das Parlament heranzutragen. Das Instrument Volksbegehren ist auf Bundesebene, in den meisten Bundesländern sowie in manchen Bundesländern auch auf Gemeindeebene vorgesehen. Für den Antrag auf ein bundesweites Volksbegehren müssen mindestens 0,1 Prozent der Wohnbevölkerung dieses unterstützen. Bis 1991 existierte darüber hinaus die Möglichkeit, ein Volksbegehren durch acht Nationalratsabgeordnete oder je vier Landtagsabgeordnete von mindestens drei Landtagen einzuleiten. Aufgrund der zunehmenden Instrumentalisierung dieser Möglichkeit durch die politischen Parteien wurde dieser Modus jedoch wieder abgeschafft. Unterstützen bundesweit 100.000 Wahlberechtigte ein Volksbegehren, so hat es im Nationalrat diskutiert zu werden (bis 1981 waren es 200.000 Personen). Alternativ reicht auch je ein Sechstel der Wahlberechtigten dreier Länder, die das Volksbegehren unterstützt. Diese Bestimmung war aber bis heute noch nie entscheidend. (vgl. Rosenberger/Stadlmair 2014, 465)

Das erste Volksbegehren wurde in Österreich 1964 durchgeführt („Österreichischer Rundfunk“), seither können 44 (bundesweite) Volksbegehren gezählt werden. Die meisten Unterstützungserklärungen erreichte 1975 das Volksbegehren „Schutz des menschlichen Lebens“ mit 762.664 Erklärungen, gefolgt vom letztjährigen „Don’t smoke“-Volksbegehren mit 591.400 Erklärungen. An dritter Stelle liegt das „Frauenvolksbegehren“ aus dem Jahr 2018 mit 247.673 Unterstützungserklärungen. Bei der Anzahl der endgültigen Eintragungen führt das „Konrad-Lorenz-Volksbegehren“ von 1982 (1,361.562 Eintragungen). Auch das „Gentechnik“-Volksbegehren von 1997 erreichte weit über eine Million Ein-

tragungen. Bei den beiden letztjährigen Volksbegehren liegt die Zahl der Eintragungen bei „Don't smoke“ bei 881.692 und bei 481.959 Eintragungen für das „Frauenvolksbegehren“.⁹

Trotz der hohen Anzahl der Eintragungen wurden die beiden letztgenannten Volksbegehren vor dem Nationalrat schnell abgehandelt. Kanzler und Vizekanzler waren bei der Behandlung des „Don't Smoke“-Volksbegehrens im Dezember 2018 nicht anwesend; bei der Behandlung des Frauenvolksbegehrens fehlten dann auch Minister*innen und Staatssekretär*innen.¹⁰ Dies zeugt davon, dass auf Forderungen von Bürger*innen nicht ernsthaft eingegangen wird und Volksbegehren ein weitgehend zahn- und folgenloses Beteiligungsinstrumentarium sind. Versuche via Volksbegehren politische Forderungen durchzusetzen, blieben bislang erfolglos.¹¹ Hier fehlt es offensichtlich am politischen Willen, auf die Begehren der Bevölkerung einzugehen, was sich nicht zuletzt in den hohen Hürden für die verpflichtende Behandlung im Parlament und die fehlende rechtliche Konkretisierung der Art und Weise der Behandlung durch das Parlament/die Regierung ausdrückt. Anleihen könnten sich die politischen Entscheidungsträger etwa beim Salzburger Modell für mehr Direkte Demokratie oder bei den „Vorarlberger BürgerInnen-Räten“ nehmen (letztere werden weiter unten skizziert).

Ein weiteres direkt-demokratisches Instrument ist die **Volksabstimmung**. Im Gegensatz zum Volksbegehren ist sie ein Top-down-Instrument, welches vom Bundespräsidenten/ von der Bundespräsidentin im Falle einer gesamten oder grundlegenden Verfassungsänderung oder von der Bundesversammlung bei einer gewünschten vorzeitigen Absetzung des Bundespräsidenten/ der Bundespräsidentin angesetzt wird. Bei einer gesamten Verfassungsänderung muss eine Volksabstimmung erfolgen, bei Teiländerungen oder bei einfachen Gesetzen *kann* eine solche vom Nationalrat beschlossen werden. Das Ergebnis der Volksabstimmung ist bindend. Bisher gab es in Österreich eine verpflichtende Volksabstimmung über den Beitritt Österreichs zur Europäischen Union (1994) und eine fakultative Volksabstimmung über die friedliche Nutzung von Kernenergie und die Inbetriebnahme des Atomkraftwerks Zwentendorf (1978).¹²

Das irische Referendum. Das österreichische Modell der Volksabstimmung hat – anders als das irische Referendum – also keine institutionalisierten deliberativen Momente. Das Prozedere im irischen Referendum sieht so aus: „Zunächst müssen beide Kammern des Parlaments (Unterhaus und Senat) ein Gesetz zu einer Verfassungsänderung mit einfacher Mehrheit verabschieden. Anschließend wird das Gesetz dann den Bürger*innen zur Abstimmung vorgelegt. Die Verfassungsänderung ist angenommen, wenn eine einfache Mehrheit der Abstimmenden für die Änderung votiert, es gelten weder

⁹ Eine Tabelle mit einer Übersicht über alle bisherigen Volksbegehren findet sich hier: https://www.bmi.gv.at/411/files/VB_Ranking_aktuell_April_2019.pdf [Zugriff: 29.5.2019]

¹⁰ Vgl. <https://kurier.at/politik/inland/regierungsbank-blieb-bei-debatte-um-frauenvolksbegehren-leer/400350832> [Zugriff: 29.5.2019]

¹¹ Im „Demokratie-Aufruf 2013“ forderte daher *Mehr-Demokratie.at* kurz vor der Nationalratswahl 2013 die politischen Entscheidungsträger*innen auf, bindende direkt-demokratische Verfahren einzuführen. Im Konkreten sollten Volksabstimmungen von den Bürger*innen ausgelöst werden können. Vgl. : <https://www.mehr-demokratie.at/de/demokratie2013at> [Zugriff: 29.5.2019]

¹² Vgl. <https://www.bmi.gv.at/410/> [Zugriff: 29.5.2019].

ein Beteiligungs- noch ein Zustimmungsquorum.“¹³ Mit dieser Art des Referendums wurden 2015 die Homosexuellen-Ehe und 2018 die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs erreicht. Den Abstimmungen gingen aber in beiden Fällen umfangreiche, stark staatlich formalisierte deliberative Prozedere voraus.

Seit 2012 wird vor einem Referendum ein Verfassungskonvent (Constitutional Convention) einberufen, welcher zu den in einer Parlamentsresolution festgelegten Themen Änderungsvorschläge, die wiederum dem Parlament vorgelegt werden, erarbeitet. Der Konvent besteht aus 33 politischen Kräften, 66 Bürger*innen und einer/m neutralen Vorsitzenden.¹⁴ Seit 2016 erfolgt der Einbezug der Bevölkerung durch die mit dem Verfassungskonvent vergleichbare Bürger*innenversammlung (Citizens' Assembly), die sich ausführlich mit politischen Themen auseinander setzen soll und für das Parlament Vorschläge für Verfassungsänderungen erarbeitet. Die Bürger*innenversammlung setzt sich aus per Zufallsmechanismus ausgewählten 99 Bürger*innen und einem neutralen Vorsitz zusammen, wobei eine der Bevölkerung entsprechende repräsentative Auswahl angestrebt wird.¹⁵ Wenn das Parlament dem Vorschlag zustimmt, kann ein Referendum durchgeführt werden.¹⁶ Daraufhin wird eine Referendumskommission (Referendum Commission) gebildet. Diese Kommission hat zur Aufgabe, ausreichende Informationen zur Abstimmung aufzubereiten, diese der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und die Bevölkerung zur Wahl zu motivieren.¹⁷ Finanziert wird der gesamte Prozess vom irischen Staat.

Die **Vorarlberger Bürger*innen-Räte**¹⁸. Insbesondere die deliberativen Aspekte betreffend, ähneln die Vorarlberger Bürger*innen-Räte dem Modell des irischen Referendums. Die Vorarlberger Gemeinde Wolfurt setzte im Jahr 2006 den ersten Bürger*innen-Rat ein.¹⁹ Das Gremium eines Bürger*innen-Rats besteht aus 12 bis 15 Personen, die dazu eingeladen sind, bestimmte Themen und Fragestellungen zu diskutieren sowie Lösungsideen zu erarbeiten. In manchen Fällen werden die Themen vorgegeben, in anderen Fällen liegt die Themenwahl beim Bürger*innen-Rat selbst. Die Ge-

¹³ Vgl. https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/volksabstimmungen_in_irland.pdf [Zugriff: 29.5.2019].

¹⁴ Vgl. <https://www.mehr-demokratie.de/news/2018/verfassungsreferendum-in-irland-liberalisierung-des-rechts-auf-schwangerschaftsabbrueche/> [Zugriff: 29.5.2019].

¹⁵ Vgl. <https://www.citizensassembly.ie/en/About-the-Citizens-Assembly/> [Zugriff: 29.5.2019].

¹⁶ Vgl. https://www.citizensinformation.ie/en/government_in_ireland/elections_and_referenda/referenda/constitutional_referendum_in_ireland.html [Zugriff: 29.5.2019].

¹⁷ Vgl. https://www.mehr-demokratie.de/fileadmin/pdf/volksabstimmungen_in_irland.pdf, <https://www.refcom.ie/the-commission/who-we-are/> [Zugriff: 29.5.2019].

¹⁸ Die Vorarlberger Bürger*innen-Räte sind relativ gut erforscht. Vgl. hierzu etwa Strele 2012 und Adamer 2013.

¹⁹ Ziel dieses ersten Bürger*innen-Rats war es, ein neues Leitbild für die Zukunft der Gemeinde Wolfurt zu erarbeiten. Die 12 zufällig ausgewählten Personen einigten sich in der ersten Sitzung auf ein gemeinsames Thema, das ihnen wichtig war, diskutierten dieses und entwickelten daraus ein gemeinsames Statement. Vgl. https://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Praxisbeispiele/B_rgerInnenrat_Wolfurt.pdf [Zugriff: 29.5.2019].

sprache werden inhaltlich nicht angeleitet, aber mit der Methode der „Dynamic Facilitation“²⁰ moderiert. Am Ende wird ein von allen Teilnehmer*innen getragenes gemeinsames Statement verfasst. Dies wird in einem „Bürgercafé“ der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt, diskutiert und erweitert. Schließlich werden die Vorschläge des Bürger*innen-Rats in der Sitzung einer „Resonanzgruppe“ – bestehend aus Vertreter*innen der Politik und Verwaltung – auf die konkrete Umsetzung geprüft und weiterführende Maßnahmen gesetzt. Die Teilnehmer*innen des Rats bekommen eine schriftliche Rückmeldung, wie die Ergebnisse verwertet werden (Land Vorarlberg 2019)²¹. Aus dem Beispiel der Vorarlberger Bürger*innen-Räte wird auch deutlich, welche Voraussetzungen für eine breite Einbindung der Bevölkerung allgemein und insbesondere von bislang kaum involvierten Gruppen gegeben sein müssen. So wirkt etwa der zeitliche Aufwand nicht auf alle gesellschaftlichen Gruppen gleich abschreckend und auch die kommunikativen Fähigkeiten, die eine Teilnahme attraktiver machen, sind nicht über alle gesellschaftlichen Gruppen gleichverteilt. Einladungsschreiben haben sich jedenfalls als zu abstrakt herausgestellt, persönliche Ansprache ist allerdings zeitaufwendig und kostenintensiv. Ein weiteres Zwischenfazit aus den Vorarlberger Bürger*innen-Räten ist, dass Beobachter*innen – darunter fallen auch politisch Verantwortliche – sich als kontraproduktiv erwiesen haben. Auch von einer Top-down-Verordnung von Bürger*innen-Räten wird abgeraten (Strele 2012, 27f.). Adamer (2013, 108f.), der verschiedene Partizipationsmodelle auf die Einbindung von „schwer erreichbaren Gruppen“ hin evaluierte, bestätigt zwar den Versuch der Einbindung solcher Gruppen, sieht aber in ihnen „kein mustergültiges Gesamtbeispiel hinsichtlich der Inklusion ‚schwer erreichbarer Gruppen‘“ (ebd., 109).

Den Anspruch, schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen in den demokratischen Prozess einzubinden, haben auch die Entwickler*innen des Modells der **Liquid Democracy**. Ihr Ausgangspunkt ist die Nutzung neuer Kommunikationsmöglichkeiten durch das Internet für politisches Engagement, weshalb wir dieses Modell noch kurz vorstellen. Außerdem könnten Elemente dieses Ansatzes gute Ergänzungen für andere Formen von Öffentlichkeits-/Bürger*innenbeteiligung sein. Laut Jennifer Paetsch und Daniel Reichert (2012) wird „mit *Liquid Democracy* eine Gruppe von Verfahren bezeichnet, die unter Einbeziehung digitaler Kommunikation direktdemokratische Beteiligung ermöglichen“, die repräsentative Demokratie ergänzen und „ein[en] Gegenentwurf zu den klassischen direktdemokratischen Verfahren (z. B. Volksentscheide), die aufgrund der großen Hürden, des zeitlichen Aufwandes sowie der geringen Anzahl an Menschen, die tatsächlich an Vorschlägen mitarbeiten, nur eingeschränkt dem Demokratiedefizit entgegenwirken“ darstellen. Grundlegendes Prinzip des insbesondere durch die *Piratenpartei* bekannt gewordenen Partizipationsverfahrens²² ist die Möglichkeit der individuellen und themenspezifischen Wahl des Partizipationslevels. Interessierte können sich

²⁰ Die Methode wird häufig in der Unternehmens- und Organisationsberatung angewendet und stellt eine offene moderierte Gruppendiskussion dar.

²¹ Vgl. https://vorarlberg.at/web/land-vorarlberg/contentdetailseite/-/asset_publisher/qA6AJ38txu0k/content/demokratie-lebt-von-beteiligung-die-buergerinnen-raete-in-vorarlberg?article_id=131324 [Zugriff: 29.5.2019]

²² Vgl. <https://www.piratenpartei.at/liquid-democracy/>; https://wiki.piratenpartei.de/Liquid_Democracy; <http://www.polipedia.at/tiki-index.php?page=Liquid+Democracy> [Zugriff: 29.5.2019]

lediglich informieren, Ansichten und Vorschläge Anderer durch Abstimmung unterstützen, für Themen Repräsentant*innen bestimmen, an Vorschlägen Anderer mitarbeiten oder auch eigene Vorschläge einbringen und sich selbst als Repräsentant*in für ein Thema melden. Dabei kann die Delegation der eigenen Stimme auf verschiedenen Niveaus der Diskussion bzw. des Ausverhandlungsprozesses sowohl erteilt als auch wieder zurückgezogen werden. Um eine Machtkonzentration auf wenige Delegierte zu vermeiden, kann die Stimme nur für ein genau definiertes politisches Ziel delegiert werden. Man entscheidet selbst, wann man sich selbst wie stark einbringen möchte. So soll ein „dynamischer Wechsel zwischen Repräsentation und direkter Beteiligung“ (Paetsch/Reichert 2012) entstehen. Die große Herausforderung – so Paetsch und Reichert weiter – besteht in der Strukturierung des Diskurses, damit schließlich ein eindeutiger Textkorpus (z. B. Gesetzesentwurf, Stellungnahmen, Anträge) vorliegt, über den abgestimmt werden kann.

Erprobt wurde diese Form der Online-Beteiligung unter anderem in der **„Enquetekommission Internet und Digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestags**.²³ Im Abschlussbericht ist die Zusammensetzung der Enquete-Kommission wie folgt beschrieben: „Die Enquete-Kommission ‚Internet und digitale Gesellschaft‘ wies viele Unterschiede zu den 22 bislang eingesetzten Enquete-Kommissionen auf. Bemerkenswert war ihre heterogene Zusammensetzung: Unter den 17 Abgeordneten und 17 Sachverständigen fanden sich IT-Unternehmer, Programmierer, Journalisten, Künstler und Historiker, Juristen, Lehrer, Wissenschaftler, Blogger, Ingenieure, Gewerkschafter und Verbandsvertreter. Insgesamt waren 29 Berufe in der Kommission vertreten. Das Altersspektrum der Mitglieder reichte von 34 bis 71 Jahren, das Durchschnittsalter lag bei etwa 45 Jahren. Mit neun Frauen und 25 Männern erreichte die Kommission einen Frauenanteil von 26,5 Prozent, der unter dem des Parlamentes mit 32,9 Prozent lag. Elf von 17 Abgeordneten machten in der Enquete-Kommission ihre ersten parlamentarischen Erfahrungen, sechs Abgeordnete absolvierten bereits ihre zweite, dritte oder vierte Wahlperiode im Parlament. Von den Sachverständigen sammelte der überwiegende Teil erstmals Erfahrungen als Mitglied eines parlamentarischen Gremiums.“ (Deutscher Bundestag 2013, 6f.) Über den „18. Sachverständigen“ – die Bürger und Bürgerinnen – liegen kaum Informationen vor.²⁴

Diese parlamentarische Kommission bemühte sich von Beginn an, die Öffentlichkeit, also den 18. Sachverständigen, so weit und intensiv als möglich einzubinden. Hierzu wurden alle 20 Sitzungen der gesamten Kommission und fast alle 179 Projektgruppensitzungen live oder zeitversetzt online gesendet und umfassende Berichte und Protokolle online gestellt. Zur aktiven Teilnahme von Bürger*innen wurde eine Beteiligungsplattform *enquetebeteiligung.de*²⁵ installiert. Im Abschlussbericht ist die Zahl

²³ Vgl. im Folgenden den Schlussbericht der Enquete-Kommission (Deutscher Bundestag 2013). Alle Berichte der 12 Projektgruppen sind im Online-Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar (vgl. <http://webarchiv.bundestag.de/cgi/show.php?fileToLoad=2944&id=1223>) [Zugriff: 29.5.2019].

²⁴ Mit Ende der Enquete-Kommission im Jänner 2013 sah die Bilanz der Online-Beteiligungsplattform wie folgt aus: 3.299 Mitglieder, 493 Vorschläge, 2.353 Kommentare, 14.588 Stimmen (Haraß 2015, 485).

²⁵ Konkret wurde das Beteiligungstool *adhocracy* gewählt (<https://adhocracy.de>). Jene, die sich einbringen wollten – und nicht nur informieren – mussten sich mit einem Nutzernamen und einer gültigen Email-Adresse registrieren.

der Teilnehmenden bis zum Ende der Enquete mit rund 3.250 Personen beziffert und „blieb damit insgesamt hinter den Erwartungen zurück“ (ebd., 9). Weiters heißt es dort: „Die Zahl der Besucher lag bei etwa 30 000. Die Anzahl der Aktionen, also der Bewertungen, Textbearbeitungen etc., betrug rund 80 000. Bei den Abstimmungen lagen die Beteiligungszahlen oft im ein- oder zweistelligen Bereich.“ (ebd.) Über den Nachrichtendienst Twitter konnten an die 7.000 Bürger*innen informiert werden und am Diskussionsprozess teilhaben. Insgesamt wird die Teilhabe aber als „überschaubar“ betrachtet. Die Reflexionen der 17 Sachverständigen und der Politiker*innen – ebenfalls veröffentlicht im Schlussbericht – zeigen die Herausforderungen, die für die Bürger*innen und mit gelebter Öffentlichkeitsbeteiligung allgemein verbunden sind. Angeführt werden hier unter anderem: die Schwierigkeit für Bürger*innen, Änderungsvorschläge für veröffentlichte Texte einzubringen; eine Überforderung²⁶ der Expert*innen, sich mit Bürger*innenvorschlägen zu beschäftigen; die Sicherstellung von Pluralität und Qualität; eine teilweise Behinderung der Offenheit bzgl. eigener Ansichten durch den hohen Öffentlichkeitsfaktor; die teilweise Unklarheit bzgl. des Ziels des Prozesses; die mangelnde Klarheit bzgl. der letztendlichen Entscheidungsträger*innen; der zu geringe Bekanntheitsgrad der Beteiligungsplattform (Medien berichteten nicht darüber) (vgl. Deutscher Bundestag 2013, 18–40).

Fazit: Weitere Forschungsfragen

Die wissenschaftliche Literatur zu PP ist umfassend und nahezu unüberschaubar. Dennoch gibt es gerade in den Themenfeldern/Bereichen der formellen und informellen PP, der konstatierten Politikverdrossenheit und der praktischen Umsetzung von partizipativer Demokratie Forschungsbedarf.

Effekte des politischen Rechtsrucks auf PP

Vor dem Hintergrund des in ganz Europa feststellbaren Rechtsrucks stellt sich die Frage, inwiefern sich dies in der PP niederschlägt. So hat etwa die Studie von Torcal et al. (2016) ergeben, dass linksorientierte Menschen mehr unter rechten als unter linken Regierungen protestieren, aber auch jene sind, die ebenso unter linken Regierungen häufiger auf die Straße gehen. Angesichts des beobachtbaren starken Zulaufs bei öffentlichen Kundgebungen rechter/rechtsextremer Gruppen (Stichwort: Pegida, AfD, Identitäre) lässt sich fragen, ob dieses Ergebnis von Torcal et al. nach wie vor Gültigkeit hat oder ob durch den allgemeinen politischen Rechtsruck zum einen im Aufwind der Rechten eine Chance der Durchsetzung rechter/rechtsextremer Ideologien gesehen wird und zum anderen die

²⁶ Die Überforderung bestand vor allem aufgrund der fehlenden zeitlichen Ressourcen, die es nicht gestattete, die Vielzahl von außen eingebrachter Vorschläge genauer zu prüfen. Die Stellungnahme von Jeanette Hofmann, eine der Sachverständigen, verdeutlicht dies: „Die Institution des 18. Sachverständigen schien mir jedoch mehr ein Ritual zu sein. Für mich selbst muss ich sagen, dass ich die Beiträge von außen kaum in meine Arbeit einfließen lassen konnte, da ich zu sehr mit dem Schreiben beschäftigt war. Ich habe es schlicht nicht geschafft, mich intensiver mit den Vorschlägen, die im Rahmen von Adhocracy entwickelt wurden, auseinanderzusetzen. Das war eine Komplexitätsstufe zu viel für mich.“ (Deutscher Bundestag 2013, 24)

„Bekennungsbereitschaft“ gestiegen ist. Beides könnte die Teilnahme an Demonstrationen und anderen Formen der PP erhöhen. Kurzum:

- Gibt es empirische Belege dafür, dass sich der Ärger über das vorherrschende politische System bei rechts/rechtsextrem eingestellten Personen in einer Zunahme (in)formeller PP niederschlägt? Und wenn ja, welche Partizipationsformen werden vorzugsweise genutzt?
- Sind Veränderungen des politischen Verhaltens entlang der politischen Orientierung quantitativ feststellbar?

Zusammenhang von Frustrationseffekten und PP

Eng mit den eben ausgeführten Fragen zu den Effekten des Rechtsrucks verknüpft ist die Frage nach dem Zusammenhang von Frustrationseffekten und PP. Da dieser bislang noch sehr wenig erforscht ist, bleiben hinsichtlich Politikverdrossenheit und PP viele Fragen offen:

- Welche Gruppen politikverdrossener Bürger*innen sind es, die sich besonders motiviert oder unmotiviert für PP zeigen?
- Welche (positiven) Einflüsse haben direkt-demokratische und deliberative Beteiligungsmöglichkeiten auf Frustrationen im bzw. mit dem Modell repräsentative Demokratie?
- Welche Effekte zeitigen partizipatorische Aktivitäten, die nicht die gewünschte Veränderung einer bestimmten Policy herbeiführen konnten? Wie können negative Effekte abgefedert werden?

Good-Practice-Modelle deliberativer PP

Direkt-demokratische und repräsentative politische Beteiligung sind im Vergleich zu den dialogorientierten Formen weitaus besser erforscht (vgl. Rosenberger/Stadlmair 2014). Paetsch und Reichert (2012) konstatieren ebenfalls einen Mangel an Studien sowie einen Mangel an Erfahrungen in Hinblick auf *Liquid Democracy*. Aufschlussreich und instruktiv für das Ziel, PP auszubauen, könnten daher internationale Good-Practice-Modelle deliberativer (und direkt-demokratischer) Partizipation sein. Wie weiter oben konstatiert, stehen die Förderung und der Ausbau partizipativer Demokratie im Spannungsfeld direkt-demokratischer Partizipation, repräsentativer Demokratie und dialogorientierter Öffentlichkeitseinbindung. Es stellen sich daher u. a. folgende Fragen:

- Wo gibt es international vielversprechende Modelle für eine partizipative Demokratie auf nationaler Ebene? Inwiefern können sie im österreichischen Kontext Vorbild sein?
- Welche Formen von PP sollen auf nationaler Ebene ausgebaut werden, direkte oder deliberative Beteiligungsformen?
- Welche Formen der PP können die Input- (und Output-)Legitimität am besten steigern?
- Führt direkt-demokratische und/oder deliberative PP tatsächlich zu faireren Ergebnissen und zu mehr sozialer Gerechtigkeit? Wer profitiert also von einem Mehr an PP?
- Mit welchen Formen gelingt es besser, schwer zu erreichende Gruppen und/oder rechtlich ausgeschlossene Gruppen in den politischen Prozess zu involvieren?

- Und nicht zuletzt, was braucht es, um PP wirksam werden zu lassen? Welche strukturellen Rahmenbedingungen müssen gegeben sein, damit die in PP gesetzten Erwartungen und Ziele erfüllt werden?

Eine zukünftige Studie zu diesen Themen/Fragen könnte zum einen eine quantitative Teilauswertung der umfangreichen und regelmäßig durchgeführten Surveys, wie dem European Social Survey (ESS), der European Election Studies (EES) oder dem Eurobarometer (Standardsurveys und Flash Eurobarometer), im Kontext der politischen Entwicklungen, wie sie sich unter anderem in den verschiedenen Partizipations- und Demokratieindizes abbilden, durchführen. Die länderübergreifenden Surveys ermöglichen aufgrund der für alle Länder gleichen und über lange Zeiträume gleichbleibenden Fragebatterien Länder-Vergleiche sowie Aufschluss über Veränderungen. Der zweite wesentliche methodische Zugang besteht in der Literaturanalyse sowohl quantitativer als auch qualitativer Studien zur PP. Die Recherche von Good-Practice-Modellen direkt-demokratischer und deliberativer PP würde auf online zugängliche Beschreibungen und Analysen fokussieren, wobei jene detailliert dargestellt werden sollen, die die in dieser Studie identifizierten Problemlagen von PP adressieren und die auf Modelle rekurren, die auf nationaler Ebene erprobt wurden.

Der kurze Einblick in die österreichischen Gegebenheiten institutionalisierter (deliberativer) PP hat gezeigt, dass zwar auf regionaler Ebene neue Wege beschritten werden, aber national betrachtet deliberative und direkt-demokratische Beteiligungsformen nahezu inexistent bzw. zahnlos sind. Eine zukünftige Studie könnte Wege aufzeigen, wie der Souverän stärker ins politische Geschehen eingebunden werden kann.

Literatur

Abter, K./ Handler, M./ Purker, E./ Tappeiner, G./ Trattnig, R. (2005). Das Handbuch Öffentlichkeitsbeteiligung. Die Zukunft gemeinsam gestalten. Hrsg. von Österreichischen Gesellschaft für Umwelt und Technik. Wien.

Adamer, Ch. (2013). Stand der Diskussion und Umsetzung der Bürgerbeteiligung in Österreich und der Europäischen Union in Theorie & Praxis. Fokus: Beteiligung schwer erreichbarer Menschen. Masterarbeit, Fachhochschule Wien.

Albert, M./ Hurrelmann, K./ Quenzel, G./ Infratest Sozialforschung (2015). 17. Shell Jugendstudie. Jugend 2015. <https://www.shell.de/ueber-uns/die-shell-jugendstudie.html> [Zugriff: 29.5.2019].

Allianz Vielfältige Demokratie – Bertelsmann Stiftung (2018). Bürgerbeteiligung, Volksabstimmungen, Parlamentsentscheidungen. Empfehlungen und Praxisbeispiele für ein gutes Zusammenspiel in der Vielfältigen Demokratie. Berlin.

https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/system/pdf/?tx_rsbrowserlesspdf_pi1%5Burls%5

[D%5B0%5D=https%3A%2F%2Fwww.bertelsmann-stiftung.de%2Fde%2Fprintview%2Funsere-projekte%2Fvielfaeltige-demokratie-gestalten%2Fprojektthemen%2Fallianz-vielfaeltige-demokratie%2F%3Fprint%3D1](https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/printview/funsere-projekte/vielfaeltige-demokratie-gestalten/projektthemen/allianz-vielfaeltige-demokratie) [Zugriff: 29.5.2019].

Armingeon, K./ Schädel, L. (2015). Social Inequality in Political Participation: The Dark Sides of Individualisation. In: *West European Politics*, 38:1, 1–27.

Arndt, Ch. (2015). The Role of Electoral Systems for the Translation of Political Trust into Electoral Participation. In: *International Studies in Sociology and Social Anthropology*, Vol. 125, 109–129.

Baringhorst, S. (2016). Nachhaltigkeit durch politischen Konsum und Internetaktivismus – Neue Engagementformen zwischen postdemokratischer Partizipation und demokratischem Experimentalismus. In: Diendorfer, G./Welan, M. (Hg.). *Demokratie und Nachhaltigkeit. Verbindungslinien, Potenziale und Reformansätze*. Wien, Bozen, 41–58.

Bauböck, R. (2010). Changing the boundaries of citizenship: the inclusion of immigrants in democratic politics. In: Martiniello, M./Rath, J. (ed.). *Selected Studies in International Migration and Immigration Incorporation*, Amsterdam University Press, 276–313.

Benhabib, S. (2000). *Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung*. Horkheimer Vorlesungen. Frankfurt am Main.

Böhnke, P./Dathe, D. (2010). Rückzug der Armen. Der Umfang freiwilligen Engagements hängt von der materiellen Lage ab – und von Bildung. In: *WZB Mitteilungen* 128, 14–17.

Brady, H. E. (1999). Political participation. In: Robinson, J.P. et al. (ed.). *Measures of Political Attitudes*. San Diego, 737–801.

Dahl, R. (1998). *On democracy*. Yale University Press, New Haven, CT and London; Pateman, C. (1970). *Participation and democratic theory*. Cambridge.

Dalton, R. J. (1999). Political Support in Advanced Industrial Democracies. In: *Critical citizens: Global support for democratic government*. Oxford, 57–77.

De Nève, D./ Olteanu, T. (2013a). Einleitung. In: De Nève, D. & Olteanu, T. (Hg.). *Politische Partizipation jenseits von Konventionen*. Opladen, Berlin, Toronto, 11–26.

De Nève, D./ Olteanu, T. (2013b). Potentiale unkonventioneller Partizipation. In: De Nève, D./ Olteanu, T. (Hg.). *Politische Partizipation jenseits von Konventionen*. Opladen, Berlin, Toronto, 283–301.

De Nève, D./ Olteanu, T. (Hg.) (2013). *Politische Partizipation jenseits von Konventionen*. Opladen, Berlin, Toronto.

Deutscher Bundestag (2013). Schlussbericht der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“, Drucksache 1/12550 vom 05.04.2013,

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/125/1712550.pdf> [Zugriff: 29.5.2019].

Dimitrov, M. (2012). Im Spannungsfeld zwischen staatlicher und lokaler Integrationspolitik: Politische Partizipation von Migranten in den Einwanderungsstädten Berlin und Wien. In: Acta Universitatis Carolinae Studia Territoria, 3–4/2012, 9–41.

EIU (Economist Intelligence Unit) (2019). Democracy Index 2018: Me too? Political participation, protest and democracy. London/ New York/ Hong Kong, www.eiu.com.

Eybl, A. (2009). Unkonventionelle politische Partizipation gegen den Mainstream: Was bewog einige BewohnerInnen von Frankenburg dazu, für Familie Zogaj einzutreten? Diplomarbeit, Universität Wien.

Fausser, M. (2008). Lokale Bürgerschaft: Kämpfe um politische Rechte und Mitgliedschaft von Migranten in Spanien. In: Hunger, U./ Aybek, C. M./ Ette, A./ Michalowski, I. (Hg.). Migrations- und Integrationsprozesse in Europa. Vergemeinschaftung oder nationalstaatliche Lösungswege? Wiesbaden, 287–306.

Filetti, A. (2016). Participating unequally? Assessing the Macro-Micro Relationship Between Income Inequality and Political Engagement in Europe. In: The Open Journal of Sociopolitical Studies, Issue 9(1) 2016, 72–100.

Förster, A./Kaukal, M. (2016): Unkonventionelle politische Partizipation in Deutschland: Haben Kontextfaktoren auf Kreisebene einen Einfluss? In: Politische Vierteljahresschrift, Vol. 57 (3), 353–377.

FRA (2014). Das Recht von Menschen mit Behinderungen auf politische Teilhabe.

https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra-2014-political-participation-persons-disabilities-summary_de.pdf [Zugriff: 29.5.2019].

FRA (2017). Together in the EU. Promoting the Participation of migrants and their descendants.

https://www.google.com/url?sa=t&rct=j&q=&esrc=s&source=web&cd=2&cad=rja&uact=8&ved=2ahKEwiu7477yMDiAhUSAxAIHfdLBkgQFjABegQIABAC&url=https%3A%2F%2Ffra.europa.eu%2Fsites%2Fdefault%2Ffiles%2Ffra_uploads%2Ffra-2017-together-in-the-eu_en.pdf&usg=AOvVaw35-78SaZ4RcXJDaoAOfb0Z [Zugriff: 29.5.2019].

Harraß, S. (2015). Liquid Democracy im Feldversuch – Beteiligungsmöglichkeiten in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“ des Deutschen Bundestags. In: Friedrichsen, M./ Kohn, R. A. (Hg.). Digitale Politikvermittlung. Chancen und Risiken interaktiver Medien. 2. Auflage. Wiesbaden, 485–498.

- Harrebye, S./ Ejrnæs, A. (2015). European patterns of participation – How dissatisfaction motivates extra-parliamentary activities given the right institutional conditions. In: *Comparative European Politics*, Vol. 13(2), 151–174.
- Hooghe, M./ Oser, J. (2015): The rise of engaged citizenship: The evolution of citizenship norms among adolescents in 21 countries between 1999 and 2009. In: *International Journal of Comparative Sociology*, Vol. 56 (1), 29–52.
- Just, A./ Anderson, Ch. J. (2014). Opinion Climates and Immigrant Political Action: A Cross-National Study of 25 European Democracies. In: *Comparative Political Studies*, Vol. 47(7), 935–965.
- Kersting, N. (2013). Ungleiche Teilnahme an demokratischen Verfahren. Chancen und Risiken von BürgerInnenbeteiligung. In: Hammer, K. (Hg.). *BürgerInnenbeteiligung in der Stadt. Zwischen Demokratie und Ausgrenzung*. Wien, 1–16.
- Kiisel, M./ Leppik, M./ Seppel, K. (2015). Engaged and Critical? The Young Generation's Political Participation in EU Countries. In: *Studies of Transition States and Societies*, Vol. 7/Issue 3, 52–66.
- Kittilson, M. C. (2016). Gender and Political Behaviour.
<http://oxfordre.com/politics/view/10.1093/acrefore/9780190228637.001.0001/acrefore-9780190228637-e-71> [Zugriff: 29.5.2019].
- Kroeze, H. (2015). Public Involvement as a Source of Legitimacy in a Cooperative Diverse Union – A Comparison between the European Union and Switzerland. EU-Citizen Conference, Zagreb 2015.
<https://beucitizen.eu/wp-content/uploads/Hester-Kroeze-bEU-Citizen-2015-Legitimacy-of-the-European-Union.pdf> [Zugriff: 29.5.2019].
- Kurer, T./ Häusermann, S./ Wüest, B./ Enggist, M. (2018). Economic Grievances and Political Protest. In: *European Journal of Political Research*. Online Version of Record before inclusion in an issue.
<https://doi.org/10.1111/1475-6765.12318>;
https://thomaskurer.files.wordpress.com/2018/08/grievanceprotest_ejpr_2018.pdf [Zugriff: 29.5.2019].
- Lebuhn, H. (2013). Migration – Recht – Citizenship. Potentiale und Grenzen eines kritischen Diskurses. In: Mecheril, P. et al. (Hg.). *Migrationsforschung als Kritik? Konturen einer Forschungsperspektive*. Wiesbaden, 231–244.
- Lister, R. (2006). Citizenship und Gender. In: Nash, K./ Scott, A. (ed.). *The Blackwell Companion to Political Sociology* (4. Ausgabe). Malden, 323–332.
- Lundell, K. (2014). Deliberative Capacity of Individuals – Dimensions and Determinants. In: *Advances in Social Sciences Research Journal*, 1(4), 67–86.

Michels, A. (2011): Innovations in democratic governance: how does citizen participation contribute to a better democracy? In: *International Review of Administrative Sciences*, Vol. 77 (2), 275–293.

O’Carroll, Í. / O’Carroll Associates/ McDonnell, F./ Hibernian Consulting (2010). *Marriage Equality. Civil Marriage for Gay and Lesbian People. Case Study. Final version (September 2010).*
https://www.atlanticphilanthropies.org/wp-content/uploads/2015/09/Marriage_Equality_Study.pdf
[Zugriff: 29.5.2019].

Oleksy, E. H./ Petö, A./ Waaldijk, B. (ed.) (2008). *Gender and Citizenship in a Multicultural Context.* Frankfurt am Main u. a.

Parkinson, J. (2006). *Deliberating in the Real World: Problems of Legitimacy in Deliberative Democracy.* Oxford.

Paetsch, J./ Reichert, D. (2012). Liquid Democracy. In: *Vorgänge*, Nr. 200, Heft 4, 15–26.
http://www.humanistische-union.de/nc/publikationen/vorgaenge/online_artikel/online_artikel_detail/browse/31/back/nach-autoren/article/liquid-democracy/ [Zugriff: 29.5.2019].

Pateman, C. (1970). *Participation and democratic theory.* Cambridge.

Profanter, A. (2016). Migrantinnen und Migranten im politischen Abseits: Ein Pilotprojekt zur Partizipation von Minderheitengruppen in Südtirol. In: Eigenmann, Ph./ Geisen, Th./ Studer, T. (Hg.). *Migration und Minderheiten in der Demokratie. Politische Formen und soziale Grundlagen der Partizipation.* Wiesbaden, 197–242.

Ritter, M./ Solt, F. (2019). Economic Inequality and Campaign Participation. In: *Social Science Quarterly*, Volume 100(3), 678–688.

Rosenberger, S./ Stadlmair, J. (2014). Partizipation in Österreich. In: Bertelsmann Stiftung/ Staatsministerium Baden-Württemberg (Hg.): *Partizipation im Wandel. Unsere Demokratie zwischen Wählen, Mitmachen und Entscheiden.* Gütersloh, 454–488.

Sartori, G. (1997). *Demokratietheorie.* Darmstadt.

Saunders, C. (2014). Anti-politics in Action? Measurement Dilemmas in the Study of Unconventional Political Participation. In: *Political research quarterly*, Vol. 67(3), 574–588.

Schäfer, A. (2011). Mehr Mitsprache, aber nur für wenige? Direkte Demokratie und politische Gleichheit. In: *MPIFG Jahrbuch 2011/12*, Köln, 53–59.

Schaller, Ch. (2002). Zur Demokratiequalität politischer Partizipation. In: Campbell, D./ Schaller, Ch. (Hg.). *Demokratiequalität in Österreich. Zustand und Entwicklungsperspektiven.* Opladen, 69–88.

- Segert, D. (2016). Demokratieforschung. In: Diendorfer, G./ Bellak, B./ Pelinka, A./ Wintersteiner, W. (Hg.). Friedensforschung – Konfliktforschung – Demokratieforschung. Ein Handbuch. Köln, Weimar, Wien.
- Siim, B. (2013). Citizenship. In: Waylen, G. et al. (ed.). The Oxford Handbook of Gender and Politics. Oxford, 756–780.
- Silver, H./ Scott, A./ Kazepov, Y. (2010). Participation in Urban Contention and Deliberation. In: International Journal of Urban and Regional Research, Volume 34(3), 453–477.
- Smith, G. (2009). Democratic Innovations: Designing Institutions for Citizen Participation. Cambridge.
- Solt, F. (2015). Economic Inequality and Nonviolent Protest. In: Social Science Quarterly, Vol. 96(5), 1314–1327.
- Soßdorf, A. (2016). Zwischen Like-Button und Parteibuch. Die Rolle des Internets in der politischen Partizipation Jugendlicher. Wiesbaden.
- Stoker, G. (2006). Why Politics Matters. Houndmills.
- Strele, M. (2012). BürgerInnen-Räte in Österreich. Gemeinsames Forschungsprojekt des Lebensministeriums und des Büros für Zukunftsfragen. Ergebnisbericht zur begleitenden Evaluation.
https://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/methoden/Endbericht_Forschungsprojekt_BuergerInnen-RaeteMai2012.pdf [Zugriff: 29.5.2019].
- Talving, L. (2018). Economic voting in Europe: Did the crisis matter? In: Comparative European Politics, Volume 16, Issue 4, July 2018, 695–723.
- Torcal, M./ Rodon, T./ José Hierro, M. (2016). Word on the Street: The Persistence of Leftist-dominated Protest in Europe. In: West European Politics, Vol. 39(2), 326–350.
- Van Deth, J. W. (2001). Studying political participation: Towards a theory of everything? Introductory paper for delivery at the Joint Sessions of Workshops of the European Consortium for Political Research in Grenoble, 6–11 April 2001.
http://www.academia.edu/2233354/STUDYING_POLITICAL_PARTICIPATION_TOWARDS_A_THEORY_OF_EVERYTHING [Zugriff: 29.5.2019].
- Verba, S./ Nie, N. H. (1987). Participation and political equality: A seven-nation comparison. Chicago.